

Tagungsbericht:

„Prekarierte Arbeit, geteilte Solidarität. Fest Beschäftigte und Leiharbeiter in Deutschland – ‚alte‘ und ‚neue‘ Arbeiter in China“

Tagung vom 27.-29. Mai 2011 in Dortmund (Taranta Babu)

Von Kirsten Huckenbeck

Programm:

Samstag:

1. Referat

Yan Yuanzhang: „Chinas ‚alte Arbeiter‘ – ein Rückblick auf die Industriearbeit in China vor den Wirtschaftsreformen der 80er Jahre“;

Yu Feng: Auswirkungen der Reformen auf die Beschäftigungsverhältnisse und Produktionsstrukturen in den ‚alten‘ Bereichen

2. Referat

Au Loong Yu: Zur Situation der „neuen Arbeiter“ und der Bewegung vom Land in die Stadt

Sonntag:

3. Referat:

Klaus Neuwirth: Der Prozess der Prekariisierung in Deutschland

Ziel der Debatte am Samstag war es zu klären, inwieweit Lohnarbeit eine gemeinsame Basis für Beschäftigte in China und Deutschland, aber auch zwischen den verschiedenen Beschäftigtengruppen in diesen beiden Ländern ist oder sein kann, welche Differenzen und Probleme der gemeinsamen Organisierung es gibt und welche Ansatzpunkte für Solidarität vorhanden sind oder sich entwickeln lassen.

Für den Sonntag sollte anhand des Beitrags von Klaus Neuwirth nach Gemeinsamkeiten bzw. Differenzen der Entwicklung kapitalistischer Verhältnisse in China und Deutschland geforscht werden.

1. Referat

Yan Yuanzhang: „Chinas ‚alte Arbeiter‘ – ein Rückblick auf die Industriearbeit in China vor den Wirtschaftsreformen der 80er Jahre“

Yan Yuanzhang erweiterte zunächst den Zeitraum, über den er sprechen wollte: Um die Veränderungen, insbesondere die mit Dengs Reformen einhergehende Zäsur in den Arbeitsverhältnissen begreifen zu können, sei ein Blick auf den Zeitraum von 1949 bis heute notwendig. Sein vorangestelltes Resümee lautete: Während sich die Lage der ArbeiterInnen durch Maos Politik und eine Zurückdrängung „des Kapitals“ in den ersten 30 Jahren verbessert habe, sei es nach den Reformen Dengs und in Folge der Ausbreitung des Kapitals zu einer Verschlechterung gekommen.

Eine Besonderheit der chinesischen Situation bestehe darin, dass die chinesische Arbeiterklasse vor der Klasse der Kapitalisten entstanden sei. Yan Yuanzhang brachte dies in

einen Zusammenhang mit dem Neuanfang der Partei nach dem zweiten Weltkrieg. Chinas Arbeiterklasse verfüge über ein historisch gewachsenes, vollständig ausgebildetes Bewusstsein, die chinesischen ArbeiterInnen zählten auch heute noch zu den fortschrittlichsten der Welt. Dazu trage der doppelte Erfahrungshintergrund von gesellschaftlichen Privilegien unter Mao einerseits und der extremen Ausbeutung in Folge der marktwirtschaftlichen Öffnungen andererseits bei. Hinzu komme die Ausweitung klassischer industrieller Arbeitsverhältnisse: Anfang der 50er-Jahre habe es etwa acht Millionen Arbeiter gegeben, heute rund 300 Millionen. China verfüge somit über die größte Anzahl von ArbeiterInnen pro Land in der Welt. Etwa 50 Prozent der Beschäftigten seien Frauen - auch unter den WanderarbeiterInnen.

Auch für die Frauenemanzipation seien in den ersten 30 Jahren nach Staatsgründung entscheidende Weichen gestellt worden. Und auch hier seien mit der Revision der Ideen Maos durch Deng gerade die fortschrittlichen Ansätze verworfen worden. Mit der Gründung des neuen China seien, insbesondere in Folge des „Großen Sprungs“ 1958, nicht nur die Arbeiter als Klasse, sondern auch die Frauen in großem Umfang befreit worden. Frauen hätten bis dahin nicht Fahrrad fahren, Ehepaare nicht Hand in Hand laufen dürfen. Hintergrund dieser Emanzipation seien erhöhte Produktionskennziffern für Getreide und Stahl, die Verstaatlichung der Industrie und ein gesteigerter Bedarf an Arbeitskräften gewesen. Im Zuge dessen hätten viele Frauen ihre Familien verlassen. Auch die „Angang-Verfassung“, als deren Namensgeber Mao fungiert habe und mit der die Idee der Selbstorganisation der Produktion durch die ArbeiterInnen festgeschrieben worden sei, habe dazu beigetragen, dass Frauen eine gleichberechtigte Rolle in den Produktionsbetrieben einnehmen konnten – bis hin zur Teilnahme an Produktionswettbewerben.

Die Phase der Kulturrevolution interpretierte Yan Yuanzhang als jene, in der es den ArbeiterInnen am besten gegangen sei. Vor dem Hintergrund, dass es in China keine Tradition einer bürgerlichen, d.h. kapitalistischen Demokratie gegeben habe, seien den ArbeiterInnen in dieser Zeit die bis dahin weitestgehenden Möglichkeiten der Interessenvertretung und Organisierung eingeräumt worden. Zugleich sei diese Phase von heftigen Diskussionen und Kontroversen – bis hin zu bewaffneten Auseinandersetzungen - zwischen „konservativen“ und „revolutionären“ Fraktionen geprägt gewesen. Dabei sei es vor allem um die Einschätzung der Rolle der Partei und das Verhältnis der ArbeiterInnen zu dieser gegangen. Während die „Konservativen“ die Partei als Direktivorgan anerkannt hätten, hätten die „Revolutionären“ für die Notwendigkeit einer unabhängigen Organisierung von der Partei plädiert. Dieser Streit sei zwar später offiziell durch Mao beigelegt worden, doch die Differenzen seien nicht wirklich beseitigt worden.

Gegen die vielfach in diesem Zusammenhang vertretene These, dass die Kulturrevolution vor allem Chaos bedeutet habe, wandte Yan Yuanzhang ein, dass diese Phase sich durch geordnete und stabile gesellschaftliche Strukturen sowie gute Sozialleistungen ausgezeichnet habe, Lohnrückstände und betriebliche Auseinandersetzungen seien die Ausnahme gewesen. Die vorangegangenen und zum Teil in dieser Phase noch anhaltenden Auseinandersetzungen zwischen Konservativen und Revolutionären um Produktionskontrolle und -Output ließen sich vor allem als ein Kampf um Erfolgsmerkmale der politischen Gruppen interpretieren. Im Hintergrund habe dabei auch ein nicht primär ökonomisches, sondern politisches Ziel gestanden: die Förderung des mittleren und südwestlichen Chinas, dessen Entwicklung für notwendig gehalten worden sei, um bei eventuellen Angriffen auf die östlichen Küsten eine unabhängige Versorgung gewährleisten zu können.

Der entscheidende Schritt in Richtung einer Etablierung von Arbeiterrechten sei jedoch mit der Verabschiedung der Angang-Verfassung gemacht worden. Yan Yuanzhang führte deren Einführung auf die Ergebnisse einer Expertendelegation zurück, die Grundlagen dieses Modells in der UDSSR gewonnen habe.

In der Folge seien Arbeiter umfassend an der Produktion beteiligt worden – bei Konsumgütern ebenso wie bei Maschinen -, und sie hätten während der Industrialisierung ein hohes Maß an Selbstbewusstsein entwickelt, was unter kapitalistischen Bedingungen so nicht vorstellbar sei.

Das Modell der auf der Angang-Verfassung beruhenden „Betriebsgesellschaften“ werde zwar oft als Planwirtschaft diskreditiert, genau genommen gehe es jedoch vor allem darum, dass die Betriebe nicht für den Gewinn produzierten. Produktion und Leben der Arbeiter bildeten, so Yan Yuanzhang, in diesem Modell keinen Gegensatz. Die Betriebe hätten vielmehr die soziale Verantwortung für ihre Beschäftigten übernommen – von Wohnungen für die Familien über Kindergärten und Schulen in der Umgebung der Betriebe bis zu Spielplätzen, speziellen Angeboten für Schwangere und junge Mütter in den Betrieben. Insgesamt sei es darum gegangen, Arbeit attraktiv zu machen. Alle diese Errungenschaften seien jedoch im Rahmen der sukzessiven Einführung kapitalistischer Verhältnisse als Hindernisse begriffen und abgeschafft worden. Deutliche Unterschiede hielt Yan Yuanzhang für die Arbeiter vom Land, die vor allem ein Bauernbewusstsein hätten, und die etwa 80 Mio. Beschäftigten der ländlichen Kollektivunternehmen fest.

Diskussion:

KH fragte in der anschließenden Diskussion, worauf sich die behauptete Identität von Partei- und Arbeiterinteressen gegründet habe, und was genau unter der erweiterten Mitbestimmung der ArbeiterInnen und Demokratie unter Mao zu verstehen sei.

Yan Yuanzhang führte dazu aus, dass es in dieser Phase aufgrund der höheren Zufriedenheit der Beschäftigten mit ihrer sozialen und rechtlichen Situation gegeben wenig Differenzen zwischen Beschäftigten und Partei gegeben habe. Das Interesse an einer Mitgliedschaft sei dagegen geringer gewesen, u.a. weil die oberen Funktionäre als Karrieristen gegolten hätten. Dass es dennoch kaum explizite Konflikte zwischen Partei und Beschäftigten gegeben habe, sei einerseits darauf zurückzuführen, dass an Parteimitglieder hohe Ansprüche in Bezug auf die ‚Verbindung mit dem Volk‘ formuliert worden seien. Wenn Betriebsleitungen sich etwa erlaubt hätten, bei der Arbeit zu fehlen, sei schnell das Urteil gefallen, sie hätten sich „von den Massen entfernt“. Andererseits sei auch das Interesse an – parteigebundenen - Leitungsfunktionen im Betrieb eher geringer ausgeprägt gewesen, anders als an Techniker- und Ingenieurstätigkeiten, die begehrt gewesen seien.

VB wollte wissen, ob die beschriebenen Fortschritte in Bezug auf die Frauenemanzipation auf Produktionserfordernisse zurückzuführen oder von Frauen erkämpft worden seien.

Yan Yuanzhang machte dafür zwei Voraussetzungen geltend: die Verstaatlichung der Produktionsmittel und das Interesse der Frauen an einer Teilnahme an der Gesellschaft. Es habe die Überzeugung geherrscht, man sei Arbeiter oder Ausbeuter, Arbeit sei vor diesem Hintergrund als integratives Moment verstanden worden.

Ausgehend von Yans These einer starken Mitbestimmung in den Betrieben fragte *Bodo Zeuner*, ob die Produktionsziele vorgegeben waren, wer die Jahrespläne erstellt habe und ob die Betriebsleitungen gewählt oder abgewählt werden konnten.

Yan Yuanzhang skizzierte dazu grob die Dreiecksbeziehung zwischen Regierung, Kommunen und Betrieben. Während der Planentwurf immer von der Regierung vorgelegt worden sei, hätten auf kommunaler und betrieblicher Ebene Modifikationen stattgefunden. Für die ersten 30 Jahre nach Staatsgründung sei – ähnlich wie später unter Deng – davon ausgegangen worden, dass die Produktionsplanung zu kompliziert für die Arbeiter sei. Erst unter Mao sei

es dann zu einer stärkeren Beteiligung der Beschäftigten gekommen. Maßgeblich dafür sei die „Verordnung für Staatsunternehmen in der Industrie“, auch bekannt unter dem Titel „70 Regelungen für die Industrie“, gewesen, in dem die Einbeziehung bzw. Zustimmung der ArbeiterInnen bei der Festlegung von Produktionszielen und –methoden formuliert worden sei – eine Verordnung, die allerdings selten umgesetzt worden sei. Dies sei allerdings auch nicht unbedingt notwendig gewesen, da die ArbeiterInnen vielfach freiwillig an der Realisierung von Produktionszielen oder -voraussetzungen mitgewirkt hätten. Beispielhaft verwies Yan auf den Plan einer Umsiedlung von Beschäftigten in den Südwesten Chinas, wo 40-50 Mio. Arbeitskräfte benötigt wurden; sämtliche ArbeiterInnen hätten freiwillig an diesem Programm teilgenommen.

Von WS wurde nochmals die Frage gestellt, was Mitbestimmung der ArbeiterInnen konkret bedeutet habe: Habe es Abteilungs- oder Belegschaftsversammlungen, Rechenschaftspflichten oder die Möglichkeit der Abwahl von Parteifunktionären oder Betriebsleitungen gegeben?

Um das Angang-Modell zu erläutern, holte *Yan Yuanzhang* weiter aus: Das Modell beruhe auf der Idee, dass die Politik führe und dabei von den Massen unterstützt werde. Dabei sei allerdings eine offene Diskussion und Beteiligung gewünscht worden. Außerdem sei die Devise der „doppelten Teilnahme“ ausgegeben worden: das Management sollte an der Arbeit und die Arbeiter am Management beteiligt werden. Dies habe u.a. die Übernahme von Schichten durch Parteikader bzw. Betriebsleitungen beinhaltet, umgekehrt seien besonders vorbildliche Arbeiter für Managementaufgaben rekrutiert worden. Unter dem Motto der „drei Vereinigungen“ sei es zudem darum gegangen, Management, Arbeiter und Ingenieure zur Zusammenarbeit zu bewegen.

Seine eigenen Studien zu diesem Thema zeigten, dass die ehemaligen Beschäftigten mit diesem Modell insgesamt sehr zufrieden gewesen seien; gelobt werde insbesondere die hohe Effizienz und eine gesunkene Fehlerhäufigkeit. Neue Ideen, die die Beschäftigten bei der Produktion gewonnen hätten, seien den Technikern übermittelt worden, und das Management habe sich um die Umsetzung bzw. Genehmigung bemüht. Einige Aspekte des Angang-Modells würden mittlerweile in Japan kopiert und als Management-Methode eingesetzt, um die Beschäftigten zu motivieren, ihre Kreativität zu entwickeln und im Unternehmen einzubringen.

MW fragte nach, wie der Verzicht der Arbeiter auf ein Engagement in der Partei zu verstehen sei und welche Implikationen dies für die damit verbundene Gefahr der Entfremdung zwischen Mitgliedern und Partei gehabt habe.

Yan Yuanzhang verwies nochmals auf seine These, dass die Arbeiterklasse damals insgesamt politisch nicht so interessiert gewesen sei, weil eine Parteimitgliedschaft zwar Ansehen bedeute habe, zugleich aber mit einer Kontrolle durch die Massen sowie der Belastung durch organisatorische Verpflichtungen und Treffen verbunden worden sei. Als erstrebenswert hätten vielmehr die Positionen der „7. oder 8. Klasse-Techniker“ gegolten, u.a. weil diese mehr Einfluss auf die Produktion ausgeübt hätten als die Partei.

PF fragte, wie sich der Übergang zur Privatisierung dargestellt habe.

Zum einen sei, so *Yan Yuanzhang*, nach dem Tod Maos von der KP vieles „korrigiert“ worden, zum anderen sei es durch den Einfluss der Globalisierung zu einer marktwirtschaftlichen Öffnung durch die sogenannten „Reformen“ gekommen. Im Zuge dessen hätten sich auch viele KP-Funktionäre zu Vertretern eines kapitalistischen Weges

entwickelt. Verstaatlichte Produktionsmittel wurden reprivatisiert, Arbeitskräfte wieder zu Waren gemacht.

Die Schwächen sozialistischer Länder lägen auf dem Land. In gewisser Weise sei es Deng daher ebenso wie Mao darum gegangen, „vom Land aus die Stadt zu erobern“. Allerdings habe er andere Methoden verfolgt: Mit der Zerstörung der Kollektivwirtschaft, d.h. der Volkskommunen, auf dem Land seien massiv Arbeitskräfte freigesetzt und Lohnarbeit in Form von Wanderarbeit geschaffen worden. Die rechtlich neue Möglichkeit, Privatbesitz zu erwerben, habe einige Bauern zu Kapitalisten gemacht. Erst anschließend seien die sog. „Reformen“ in den Städten durchgeführt worden, dort aber auf Widerstände seitens der Arbeiter gestoßen. Die politische Antwort darauf habe in dem Angebot einer um zehn Jahre vorgezogenen Frühverrentung (bei gleichem Lohn) und einer Übernahme des Arbeitsplatzes durch die Kinder bestanden. Dies und der Umstand, dass die Arbeiter die reichste Klasse in China gebildet hätten, habe zur Vermeidung von Arbeitskämpfen geführt.

Ein weiteres Moment der Reformen sei die Einführung hoher Steuern auf Staatsunternehmen bei gleichzeitigen Steuerbefreiungen für Joint Ventures und ausländische Unternehmen gewesen. Dies habe Wettbewerbsnachteile für die verbliebenen Staatsunternehmen bedeutet, auch weil deren Beschäftigte über eine relativ gute soziale Absicherung verfügt hätten. Ergänzend verwies Yan Yuanzhang darauf, dass Geschäftsführungen mehr Rechte eingeräumt worden seien (u.a. die jederzeitige Entlassung von Beschäftigten, die Kontrolle der Interessenvertretungen durch die Geschäftsführungen), die Parteiorganisation im Unternehmen zu einer ökonomischen Leitungsfunktion umgewandelt, und nicht zuletzt: die Möglichkeit geschaffen worden sei, ökonomische Ziele als primäres Kriterium bei der Leitung eines Unternehmens verfolgen zu können.

Die Politik der „Öffnungen und Reformen“ werde oft als Errungenschaft gefeiert, doch de facto habe dies bedeutet, dass viele staatliche Unternehmen in den Konkurs gegangen seien. Verbliebene Staatsunternehmen seien in Aktiengesellschaften umgewandelt worden. Dies sei ein ‚Erfolg‘ des Neoliberalismus in China. Die Kommodifizierung von Arbeitskräften habe, so lasse sich zusammenfassend sagen, in zwei Formen stattgefunden: a) durch die Transformation ehemaliger Staatsunternehmen und b) durch die Umwandlung der Bauern in Lohnarbeiter.

Zugleich habe die Einführung der Marktwirtschaft in China zur Rettung der Ende der 70er/Anfang der 80er-Jahre in eine Krise geratenen Weltwirtschaft beigetragen. Die Entwicklung in China habe den Prozess fallender Kapitalrenditen und infolgedessen des Abbaus von Sozialleistungen in den kapitalistischen Ländern insofern abgefedert, als Produktionsverlagerungen nach China ermöglicht wurden – eine Entwicklung, die zugleich das ökonomische Drohpotenzial des chinesischen Staates erhöhe. Zugleich seien in China die Bauern benutzt worden, um die Klasse der „alten Arbeiter“ zu erpressen. Hieraus resultierten die aktuellen Widersprüche zwischen chinesischen und deutschen Arbeitern sowie zwischen ‚neuen‘ und ‚alten‘ Arbeitern in China. Als Beispiel verwies Yan Yuanzhang abschließend auf die Abschaffung des 8-Stunden-Tags in der Baubranche – jener Branche, die der wichtigste Arbeitgeber für die WanderarbeiterInnen sei.

2. Referat:

Yu Feng: Auswirkungen der Reformen auf die Beschäftigungsverhältnisse und Produktionsstrukturen in den ‚alten‘ Bereichen

Yu Feng ergänzte die Informationen von Yan Yuanzhang und ging zunächst von Gemeinsamkeiten zwischen der Arbeit etwa in der chinesischen Baubranche und

prekariertem Arbeit in Deutschland aus. WanderarbeiterInnen stellen das Gros der Beschäftigten in der Bauindustrie, viele davon kämen vom Land. Die meisten arbeiteten ohne Arbeitsvertrag oder mit „Pro forma-Verträgen“ – vielfach erhalten nur das Management echte Verträge. Sozialleistungen würden nicht gezahlt, 12-Stunden-Tage seien üblich, Lohnrückstände verbreitet. Die Missstände seien so gravierend, dass jüngsthin sogar der Premier zur Zahlung ausstehender Löhne aufgerufen habe.

Vor der Einführung der „Reformen“ in den 1980er-Jahren seien viele Bauunternehmen in staatlicher Hand, der Rest seien Kollektivunternehmen gewesen, deren Beschäftigte allerdings die gleichen Rechte wie die der Staatsunternehmen gehabt hätten, z.B. das Recht auf Wohnung, Ausbildung, 8-Stunden-Tage, reduzierte Arbeitszeiten bei schlechtem Wetter und Erschwerniszulagen. Meist hätten die Löhne in der Baubranche sogar höher gelegen als die Verdienste bei einfachen Kadern. Auch heute gebe es immer noch Kollektivunternehmen in der Baubranche, meist von den ehemaligen Volkskommunen organisiert. Man könne die Beschäftigten dieser Branche als „Wanderarbeiter der Mao-Zeit“ bezeichnen.

Interviews des Forschungsnetzwerks chinesischer Arbeiter mit älteren Beschäftigten (zwischen 50 und 60 Jahre) zeigten, dass es früher weniger Diskriminierung zwischen städtischen und ländlichen Beschäftigten gegeben habe und dass die soziale Lage der ArbeiterInnen in dieser Branche insgesamt besser gewesen sei.

Yu Feng datierte den Beginn dieser Transformation auf das Jahr 1984, in dem Outsourcing (Fremdvergabe) von Aufträgen in der Baubranche eingeführt worden sei – mit dem Effekt, dass Errungenschaften wie etwa gestellte Arbeitsmittel (Kleidung, Hygieneartikel, Werkzeug) abgeschafft wurden und heute in der Branche oft mit Subunternehmern gearbeitet werde, die regulär Beschäftigten entlassen und WanderarbeiterInnen der neuen Generation zu wesentlich schlechteren Konditionen eingestellt worden seien. Der Anteil der sog. Kernbelegschaften sei von 72 Prozent der Beschäftigten im Jahr 1980 auf 35 Prozent im Jahr 1999 gesunken, heute liege er noch darunter. Auch die Verdienste, die Anfang 80er-Jahre noch bei 100 Yuan pro Monat gelegen hätten, seien heute relativ dazu gesunken; es würden keine Sozialleistungen mehr gezahlt, die Ausbildung habe sich verschlechtert. Nur ca. fünf Prozent der Belegschaft übernehme hoch qualifizierte Tätigkeiten. Im Resultat leide darunter auch die Qualität der Arbeit.

Insgesamt lasse sich von einer Spaltung zwischen den neuen Wanderarbeitern und den alten, als „privilegiert“ geltenden Beschäftigten reden. Doch wenn „die Wanderarbeiter nicht mehr wollen, legen sie die gesamte Produktion lahm“, so Yu Feng. Während die Techniker dann Überstunden machen müssten, um etwa Reparaturen auszuführen, ruhten sich die Wanderarbeiter aus. Dabei seien die Motive der Wanderarbeiter in der Baubranche allerdings anders gelagert als bei den meisten WanderarbeiterInnen in Südchina. Viele seien älter, wollten nicht dauerhaft in den Städten bleiben, sondern nach sieben bis acht Monaten Arbeit zurück aufs Land, wo sie meist noch als Bauern arbeiteten.

Dengs Reformen, so Yu Fengs Fazit, hätten das alte System zerstört und die Kernbelegschaften zerschlagen, doch darunter litten auch die WanderarbeiterInnen im Bausektor.

Der Beitrag von Yu Feng wurde gemeinsam mit dem von Au Loongyu diskutiert.

3. Referat:

Au Loongyu: Zur Situation der „neuen Arbeiter“ und der Bewegung vom Land in die Stadt

Es sei schwierig, sich ein konkretes Bild von China und den dortigen Entwicklungen zu machen, so Au Loongyu einleitend zu seinem Beitrag. Zur Illustration verwies er auf die Studie „Global Attitude Survey 2010“ des Pew Research Centre und die „Gallup-Studie“, die in ihren länderübergreifenden empirischen Erhebungen gefragt hatten, ob sich das Leben in

den letzten fünf Jahren verbessert oder verschlechtert habe. Während beide Institute zu identischen Ergebnissen etwa in Bezug auf Ägypten, Tunesien und andere Länder des mittleren Ostens gekommen seien, wichen die Ergebnisse für China voneinander ab. Nach Angaben des Pew-Instituts sei „China das Land mit der zufriedensten Bevölkerung“: „87 Prozent der ChinesInnen gäben an, glücklich mit der Richtung zu sein, in die sich ihr Land entwickle, 91 Prozent fühlten sich gut angesichts der gegenwärtigen ökonomischen Situation und 87 Prozent seien optimistisch hinsichtlich Chinas Zukunft.“

Der Gallup-Studie zufolge meinten dagegen 71 Prozent der chinesischen Bevölkerung, dass sie nur schwer über die Runden kämen, während 12 Prozent der Auffassung seien, dass ihr Leben sich täglich verbessere.

Dies sei nicht nur auf methodische Probleme der Erhebung zurückzuführen, sondern auch Ausdruck der komplexen Situation in China und der Zugänglichkeit von Forschungsgrundlagen. In Hongkong sei die Situation diesbezüglich zwar besser als auf dem Festland, doch auch hier könne nicht von vollständigen Kenntnissen, bestenfalls von einem Blick auf „die Spitze des Eisbergs“ die Rede sein. Insofern müssten „wir auf viele Überraschungen gefasst sein“. Kein Zweifel bestand für Au Loongyu allerdings hinsichtlich der Frage, dass China ein kapitalistisches Land sei, hier bestehe Übereinstimmung mit der Analyse Yan Yuanzhangs. Differenzen sehe er jedoch hinsichtlich der Interpretation der Mao-Zeit.

Viele Linke gingen nach wie vor davon aus, dass China ein sozialistisches oder zumindest soziales Land sei. Ein Universitätsprofessor und ausgewiesener Vertreter der chinesischen Linken habe kürzlich den Satz geprägt: „China ist Sozialismus 3.0“. Folge man ihm, so habe unter Deng „Sozialismus 2.0“ und unter Mao „Sozialismus 1.0“ geherrscht. Auch ein weiterer linker Wissenschaftler habe sich mit einer epochalisierenden Typologisierung hervorgewagt, der zufolge dem Konfuzianismus der Maoismus und nun der „Dengismus“ gefolgt sei, wobei letzterer bei ihm durchaus als Zukunftsmodell fungiere.

Au Loongyus These lautete dagegen: „China ist ein Fall von typischem Kapitalismus, und zwar einer mit einem besonders brutalen Charakter.“

Warum nun sei die Lage der Bauern und Arbeiter heute so schwierig? Yan Yuanzhang habe darauf verwiesen, dass Deng die Bauern benutze, um die alte Arbeiterklasse zu zerschlagen – eine Einschätzung, die Au Loongyu partiell teilte. So sei der Aufstand der StudentInnen 1989 von Deng durch den Einsatz der vor allem aus Bauern bestehenden Armee niedergeschlagen worden – ähnlich wie die Situation 1905 in Russland, wo die Arbeiterbewegung durch die Armee des Zaren zerschlagen worden sei. Die Durchsetzung kapitalistischer Verhältnisse habe schon 1989 begonnen. Der Unterschied zwischen China und Russland heute bestehe darin, dass in Russland nach 1989 eine Deindustrialisierung stattgefunden habe, während in China die Wiederkehr kapitalistischer Verhältnisse zu einem Schub der Industrialisierung geführt habe. China sei bis dahin ein sehr rückständiges Land gewesen, der Großteil der Bevölkerung habe aus Bauern bestanden. Au zufolge lasse sich hier eine dialektische Situation konstatieren: „Im Rückstand liegt auch eine Stärke.“ Denn mithilfe der „bürokratischen Staatsmaschine“ seien Millionen Bauern in billige Arbeitskräfte verwandelt worden. Deren Bildungsniveau sei etwa im Vergleich zu Indien deutlich höher, im Vergleich zu chinesischen StädterInnen jedoch niedrig. Wenn jedoch die Bauern kein Bewusstsein der eigenen Rechte hätten, lasse sich auch nicht von demokratischen Verhältnissen reden. Genau dies habe jedoch die Grundlage für die Einführung kapitalistischer Verhältnisse gebildet, die Umwandlung in billige Arbeitskräfte und damit den ökonomischen Erfolg Chinas begünstigt. So hätten sich die indischen Bauern, meist Analphabeten, der 1970 von der Regierung verfolgten Sterilisierungskampagne widersetzt. In China dagegen sei die „1-Kind-Bewegung“, wie auch viele andere Formen der Kontrolle der Bevölkerung durch staatliche Maßnahmen, erfolgreich gewesen. Noch heute seien sogar Intellektuelle von der 1-Kind-Politik überzeugt und sähen darin nichts Unrechtmäßiges – wie erst die Bauern?

All dies seien auch Faktoren, die China für ausländische Investoren interessant machten.

Auch die rund 150 Mio. WanderarbeiterInnen seien anfänglich durchaus von der Verbesserung ihres Lebens überzeugt gewesen. Anfang der 1990er-Jahre, nach der Südreise Dengs, hätten Wanderarbeiter in den Städten der exportorientierten Küstenzonen genug verdient, um damit etwa zu Hause bauen zu können, während die Beschäftigten der ehemaligen Staatsunternehmen ihren Sozialstatus verloren hätten. Diese uneinheitliche, aber korrespondierende Entwicklung habe zu einer Spaltung zwischen den Beschäftigtengruppen geführt. Der Kampf der ‚alten Arbeiter‘ sei, so Au Loongyu, verloren, wenn WanderarbeiterInnen bereit seien, zwölf Stunden am Tag für umgerechnet rund 50 Euro im Monat zu arbeiten. Insofern könne man auch sagen, dass die WanderarbeiterInnen zu den Erfolgen der Deng-Politik beigetragen hätten.

Zugleich fühle sich die Partei jedoch von den ‚neuen Arbeitern‘ bedroht. 1949 habe die Partei die Bauern, die 90 Prozent der Bevölkerung stellten, als Werkzeug ihres Machterhalts benutzt. Ende der 80er-Jahren stellten sie immer noch 80 Prozent der Bevölkerung. Heute jedoch arbeiteten immer mehr Bauern in den Städten, von 700 Mio. Erwerbstätigen in China seien rund 50 Prozent ArbeiterInnen - meist WanderarbeiterInnen und Beschäftigte in Privathaushalten. Und diese neue Generation sei längst nicht mehr so vorsichtig wie ihre Vorgänger. So hätten die Beschäftigten während des Honda-Streiks etwa die Forderung aufgestellt, ihre Gewerkschaft selbst zu wählen.

Dies sei kein Plädoyer für die Politik Dengs, doch der Liberalisierungskurs habe einen enormen Einfluss auf diesen Wandel gehabt, und das wisse auch die Partei. Insofern versuche sie konsequent, die WanderarbeiterInnen als unselbstständig darzustellen und zu halten. Ein wesentliches Element, um diese Situation aufrechtzuerhalten, sei das fehlende Bewusstsein der WanderarbeiterInnen für ihre – in begrenztem Umfang geschaffenen – Rechte. Das andere, wichtigere Instrument sei das Hukou-System. Ursprünglich für die ländliche Entwicklung geschaffen, führe dieses System dazu, dass es für die ländliche Bevölkerung keine unbefristete Aufenthaltserlaubnis in den Städten gebe, kein Recht auf Registrierung und kein Recht auf Bildung für die Kinder der WanderarbeiterInnen in den Städten, um nur einige Beispiele für die diskriminierenden Wirkungen dieses „Erbsystems“ zu nennen. Wer als Bauer geboren sei, sterbe auch als Bauer.

Dies, so Au, lasse sich als „Apartheidssystem“ bezeichnen. Es „verhindert Arbeiterbewusstsein und Identitätsbildung, und es verhindert die gemeinsame Organisierung mit den ‚alten Arbeitern‘. Wenn man nicht weiß, wo man in zwei Jahren lebt und arbeitet, ist es schwer und riskant, sich zu organisieren“.

Daraus folgten zwei wichtige Aufgaben für die ArbeiterInnen. Es müsse zum einen darum gehen, dass diese sich ihrer politischen Rechte und Freiheiten bewusst würden und diese auch wahrnehmen (z.B. das Wahlrecht), zum anderen müsse das Haushaltsregistrierungssystem aufgehoben werden. Während etwa in Japan eine schlichte, aber verpflichtende Ummeldung bei einem Wohnortwechsel ausreichend sei, werde in China immer noch davon ausgegangen, dass das Hukou-System nicht aufgegeben werden könne, weil es zu viele Bauern gebe. Doch selbst in Indien gebe es keine derartigen Einschränkungen, obwohl das Land eine vergleichbare Zahl von EinwohnerInnen habe.

Viel Überzeugungsarbeit gelte es auch bei den ‚alten Arbeitern‘ zu leisten, damit diese sich an der Abschaffung des Hukou beteilige. Gerade Städter verbänden damit oft Angst vor einem massenhaften Zuzug der Bauern und dementsprechend einem Verlust der eigenen Wohnung, des eigenen Arbeitsplatzes oder einfach nur mehr Chaos und Dreck in den Städten.

Diese Sorgen seien ernst zu nehmen, doch müssten die Gründe für diesen Teufelskreis benannt werden: Dieser sei durch die Konkurrenz des Neoliberalismus bedingt und gewollt. Dagegen sei ein Zusammenschluss der ‚neuen‘ und ‚alten‘ ArbeiterInnen notwendig, der auf dem Prinzip der Überwindung der Hierarchien und Diskriminierungen beruhen müsse.

Manche würden argumentieren, mit der Angang-Verfassung läge ein solches Prinzip bereits vor. Dagegen lasse sich festhalten, dass 150 Jahre Revolutionsgeschichte gezeigt hätten, dass revolutionäre Prinzipien sich nicht aus der Vergangenheit ableiten ließen. Auch das kommunistische Manifest oder etwa die SPD des Erfurter Programms stützten sich nicht auf historische Vorbilder, sondern würden jeweils zukünftige Aufgaben benennen. In diesem Sinne nütze es auch nichts, die Mao-Ära als „gut“ oder „schlecht“ zu bewerten. Es lasse sich zwar darüber streiten, ob die Revolution notwendig oder die Landreform falsch gewesen sei, doch als Modell passe dieses System ohnehin nicht mehr. Au Loongyu beendete seinen Vortrag mit dem Appell, die Ebenen auseinanderzuhalten: Die Diskussion über die Bedeutung Maos oder auch Troztkis sei zwar auch heute noch relevant, doch noch wichtiger sei die Frage: „Was tun?“ Hier stehe vor allem der Kampf um Frauenrechte, um wirtschaftliche, politische und demokratische Rechte auf der Tagesordnung.

Diskussion:

In der nachfolgenden Diskussion galt das Interesse zunächst den Auswirkungen des Hukou-Systems. *IW* bezog sich auf Berichte über eine Lockerung der restriktiven Vorgaben in einigen Städten und fragte nach, wo und in welchen Branchen das Meldesystem durchbrochen werde und ob dies Konsequenzen für andere Sektoren habe. Klaus Neuwirth hielt fest, dass der Widerspruch zwischen Stadt und Land derzeit offenbar kapitalistisch ‚gelöst‘ werde. Ihn interessierte, ob und inwieweit es in der chinesischen Linken Debatten über die Probleme der ‚Verstädterung‘, über die vermehrte Konkurrenz durch den zunehmenden Zuzug in die Städte sowie über Alternativen zum derzeitigen System gebe.

In der Tat, so *Au Loongyu*, werde das Meldesystem nicht mehr so streng wie früher gehandhabt. Die Gebühren für die vorläufige Aufenthaltserlaubnis in der Stadt seien in vielen Regionen gesenkt worden, heute koste diese oft nur noch 5-10 Yuan. Auch die Anzahl der gewalttätigen polizeilichen Übergriffe auf WanderarbeiterInnen, die ihre Aufenthaltserlaubnis nicht vorweisen könnten, habe abgenommen. Während es vor allem im Perflussdelta noch vor zehn Jahren vorgekommen sei, dass Wanderarbeiter von der Polizei erschlagen worden seien, verhalte diese sich heute insgesamt höflicher. Dennoch könne von einer Gleichstellung der WanderarbeiterInnen und der Stadtbürger noch nicht die Rede sein. Au verwies nochmals auf Parallelen zum südafrikanischen Apartheidssystem und den langen Kampf um dessen Abschaffung: „Wo Unterdrückung herrscht, wird auch dagegen gekämpft.“ Dabei sei die reine Verfügbarkeit von Arbeitskräften, also der Freisetzungprozess, mittlerweile nicht mehr das zentrale Problem, doch systematische Diskriminierung führe zu einer Verbilligung der Arbeitskräfte. Insofern sei heute deutlicher, dass die Aufrechterhaltung des Hukou-Systems vor allem Vorteile für das Kapital brächte.

Die Forderung nach einer Reform des Meldesystems werde mittlerweile auch von Liberalen erhoben, allerdings mit der problematischen Begründung, dass dies im Interesse der Unternehmen läge. Innerhalb der Linken wiederum sei der Widerspruch zwischen Stadt und Land und die Frage, ob die Spaltungen durch die kapitalistische Entwicklung verstärkt worden seien, kein primärer Gegenstand der Debatten.

Yan Yuanzhang teilte die Einschätzung, dass das Hukou-System wichtig für die Versorgung mit billigen und flexiblen Arbeitskräften sei, wies jedoch darauf hin, dass auch die städtischen Hukous letztlich der kapitalistischen Entwicklung dienten. Allerdings stellten sich hier bürokratische Schwierigkeiten vor allem für die Administration bzw. den Beamtenapparat, denn die Stadt-Hukous beinhalteten eine ganze Reihe von Sozialleistungen, die regional

unterschiedlich gehandhabt würden. So würden Hochschulberechtigungen oft über eine staatliche Aufnahmeprüfung vergeben, bei der die Noten entscheidend seien. In Beijing etwa sei der für die Zugangsberechtigung erforderliche Notendurchschnitt niedriger als anderenorts. Auch seien die Sozialleistungen höher, und das Hukou gewähre Anspruch auf vergünstigten Wohnraum. Eine Abschaffung des Meldesystems würde bedeuten, dass alle die gleichen Versorgungsleistungen erhielten – das wollen die Beijinger laut Yan Yuanzhang nicht. Umgekehrt führe der Erwerb eines Stadt-Hukous dazu, dass die Bauern ihren Anspruch auf Land und die daran gekoppelten Versorgungsrechte verlieren würden – auch hier gebe es kein großes Interesse an einer Änderung des Systems.

Um das Hukou zu verstehen, müsse man einen Blick auf die Geschichte werfen: Der „Große Sprung“ 1958 habe viele Leute in die Städte gebracht, um dort den Aufbau der industriellen Produktion zu stärken. Doch der entstehende Arbeitskräfteüberschuss habe die Regierung bewogen, die Bauern zurückzuschicken, um die Versorgung der Städter mit Arbeitsplätzen zu gewährleisten. Zugleich seien die Volkskommunen eingeführt worden, um Erwerbsmöglichkeiten für die ländliche Bevölkerung zu schaffen. Vor diesem Hintergrund sei das Hukou entwickelt worden, das einerseits den Mitgliedern der Volkskommunen, andererseits den Stadtbewohnern jeweils bestimmte Versorgungsrechte garantierte. Jede marxistische Theorie beinhalte „die Planung von Produktion und Menschen“. Mao habe versucht, die Spaltung zwischen Stadt und Land zu überwinden – etwa, indem Lehrer und Studenten ihr Wissen aufs Land bringen sollten, aber auch die Bauern beispielsweise Mitglied der Armee werden konnten. Das System sei also durchaus durchlässig gewesen: Städter, die aufs Land wechselten, erhielten einen Anspruch auf die mit dem Land-Hukou verbundenen Versorgungsleistungen und umgekehrt. Doch während der Deng-Ära sei dieses System für völlig andere politische Zwecke instrumentalisiert worden.

Ergänzend erläuterte *Yu Feng* am Beispiel der Baubranche die Interessen der dort Beschäftigten. Eine Umfrage unter Bauarbeitern - rund 99 Prozent der Bauarbeiter seien Bauern – habe erbracht, dass fast niemand auf sein Land-Hukou verzichten wolle. Als Begründung werde darauf verwiesen, dass ein Stadt-Hukou keine Vorteile bringe und die Bauern ihren Anspruch auf Land nicht verlieren wollten. Auch wenn zu dieser Frage keine empirischen Erhebungen durchgeführt worden seien, lasse sich feststellen, dass die ländliche Bevölkerung de facto gegen eine Aufhebung des Hukou-Systems sei. In einigen ländlichen Gebieten habe es Widerstände gegen die Aufhebung des Hukou-Systems gegeben, da Regierung und Unternehmen das Land für Formen kapitalistischer Bewirtschaftung nutzen wollten, so dass „die Bauern keine andere Wahl mehr hatten, als dagegen zu kämpfen“.

WS bezog sich auf den Bericht über den Honda-Streik und die Aussage, dass dort nicht nur die Forderung nach mehr Geld, sondern auch der Anspruch, die Interessenvertretungen selbst zu wählen, Gewerkschaftsfunktionen und Managementaufgaben zu trennen, bis hin zu einem Streikrecht für den Fall, dass das Management sich Verhandlungen verweigere, formuliert worden sei. Seine Nachfrage galt dem Verbreitungsgrad solcher Aktionen bzw. Haltungen und den Reaktionen des ACFTU.

Für *Yan Yuanzhang* war Honda ein „Meilenstein für die ‚neue‘ Arbeiterbewegung“, ebenso wie der Streik bei Tonggang [s. dazu der Bericht über die Vorabenddiskussion] ein Meilenstein für die ‚alte Arbeiterbewegung‘ gewesen sei. Auch das „Forschungsnetzwerk“ habe die Honda-Arbeiter unterstützt, StudentInnen und andere Organisationen quer durch China hätten sich angeschlossen. Dies sei relativ selten in China und habe u.a. zu einer erneuten Abschaltung der Homepage des Forschungsnetzwerks geführt. Die Forderung der Honda-Beschäftigten, ihre Gewerkschaftsvertreter selbst wählen zu wollen, habe die Mitarbeiter des Forschungsnetzwerks, viele ExpertInnen und

GewerkschafterInnen überrascht. Man sei allgemein erstaunt gewesen angesichts des Niveaus der Auseinandersetzung. Denn typischerweise hätten WanderarbeiterInnen bzw. die VertreterInnen der ‚neuen Arbeiter‘ keine klare Vorstellung von gewerkschaftlicher Organisation. Zudem löse der Slogan „unabhängige Gewerkschaften“ Befürchtungen aus und erscheine geradezu riskant angesichts der Assoziationen, die damit in Richtung einer „unabhängigen Partei“ verbunden würden.

Für ihn sei das Hauptproblem die Forderung nach dem Recht, den Vorsitzenden selbst zu wählen. Denn auch selbst gewählte Vorsitzende müssten ohnehin noch einmal von oben, durch die Gewerkschaftsführung, anerkannt werden. Deshalb sei die Mehrzahl der ‚alten Arbeiter‘ der Auffassung, es sei nutzlos, die Vorstände selbst zu wählen. Ihm sei überhaupt nur ein Fall bekannt, in dem dies gelungen sei. Nach einer Reihe taktischer Versprechungen des gewählten Gewerkschaftsvorsitzenden sei es zu zweijährigen Auseinandersetzungen innerhalb der Gewerkschaft gekommen, in deren Folge der Vorsitzende zurückgetreten sei.

Diese Äußerung provozierte *BZ* zu der Bemerkung, dass auch in Deutschland einmal gewählte Vorstände anschließend von der Gewerkschaft bestätigt werden müssten. Dies spreche nicht per se gegen die Forderung nach einer Demokratisierung der Gewerkschaften. Ihn interessiere, was das „Forschungsnetzwerk“ unternehme, um die Demokratisierung voranzutreiben, und wo die Beschäftigten die Organisation unabhängiger Gewerkschaften bzw. Demokratie lernen könnten – bei Mao sei dies sicher nicht möglich gewesen.

Yan Yuanzhang hielt dagegen, dass Gewerkschaften ebenso wenig zu demokratisieren seien wie die Partei. Solche Großorganisationen seien „wie Wölfe im Schafspelz“. Man könne nun versuchen, „die Wölfe dazu zu zwingen, Gras zu fressen – doch wollen wir das?“. Die Beschäftigten sollten sich, so seine Auffassung, nicht auf Wahlen oder selbstständige Gewerkschaftsneugründungen beschränken, denn dies bleibe immer auf die Ebene von Betriebsgewerkschaften beschränkt. Das Forschungsnetzwerk befürworte dagegen die Bildung „überbetrieblicher Arbeiterräte“. Da auch Streiks bislang ausschließlich betrieblich organisiert würden, gebe es nur die Möglichkeit, gemeinsame Aktionen von ‚neuer‘ und ‚alter‘ Arbeiterbewegung über das Internet oder SMS zu verabreden. Dem stehe die eingeschränkte rechtliche Situation entgegen: Schon bei mehr als fünf TeilnehmerInnen sei eine Genehmigung staatlicher Behörden erforderlich.

Auch *Au Loongyu* hielt die Unterstützung bei der Forderung nach einer unabhängigen Wahl von Vorständen für notwendig, verwies aber darauf, dass dies zumindest im Fall des neuen Vorsitzenden der Honda-Gewerkschaft erfolglos gewesen sei, insofern dieser sich bislang eher unternehmensfreundlich gezeigt habe. Daraus folge nun nicht, auf das Wahlrecht in den Gewerkschaften zu verzichten, doch müsse dies verknüpft werden mit weitergehenden Forderungen nach bürgerlichen Rechten - und zwar für ‚neue‘ wie die ‚alte‘ Arbeiter, Erwerbstätige wie Arbeitslose. Ohne etwa Meinungsfreiheit, Streikfreiheit oder Demonstrationsrecht sei ein Kampf gegen das Kapital nicht möglich.

In diesem Zusammenhang sei auch Yan Yuanzhangs Verweis auf die Arbeiterräte nach Sowjetmodell irreführend, denn dort habe es politische Freiheiten und offizielle Wahlen gegeben, und 1917 habe man sich keine Sorgen hinsichtlich polizeilicher Übergriffe machen müssen. Das eine sei daher kein Ersatz für das andere. Dabei sei ihm bewusst, dass es in China eine Debatte darüber gebe, ob Sozialismus überhaupt mit ‚bürgerlichen Rechten‘ vereinbar sei, da viele Linke die Vorstellung verträten, dies seien Attribute des Kapitalismus. Das allerdings wolle er die Beschäftigten selbst entscheiden lassen.

Ob die Arbeiterbewegung wiederum eine Rolle bei der gesellschaftlichen Umgestaltung spielen könne, sei eine spannende Frage. Sicher sei nur, dass es keine prognostizierbare Form eines „Durchstarts“ der Arbeiterbewegung gebe. „Aber wir sollten jede Gelegenheit nutzen,

um die Veränderungen zu unterstützen.“ Lernen könnten die Arbeiteraktivisten dabei sowohl von ‚guten‘ als auch ‚schlechten‘ Erfahrungen. Voraussetzung für einen offenen Austausch und Begegnungen sei jedoch „wahre Demokratie“.

Während *ML* den Eindruck festhielt, dass die Ausführungen Yan Yuanzhangs und Yu Fengs Ausdruck einer Enttäuschung darüber seien, dass „die Arbeiter nicht Subjekt ihrer Geschichte geworden“ seien, wie die Referenten dies offenbar für die Mao-Zeit wenigstens als Anspruch noch konstatierten, fragte *MH* nach dem Verbreitungsgrad der Debatte über Mao und über den sozialistischen Charakter der chinesischen Gesellschaft in China, insbesondere aber unter ArbeiterInnen. *Peter Franke* wies ergänzend darauf hin, dass die Erfahrungen mit dem spezifisch chinesischen Sozialismus nicht unbedingt positiv gewesen seien.

Au Loongyu bestätigte diese Interpretation: Das Ansehen des Sozialismus sei nicht mehr so hoch, der Begriff wecke heute auch schlechte Erinnerungen. Doch ein Urteil hierüber sei nicht einfach, da dieser Begriff insgesamt auf eine vielfach gebrochene Geschichte verweise. Hinzu komme, dass der Terminus „Sozialismus mit chinesischer Prägung“ ohnehin offizielle Parteidoktrin und schon dies ein Grund für das verbreitete Desinteresse sei. Doch gerade angesichts der komplizierten Interpretationsgeschichte hielt er eine „öffentliche, freundliche und tolerante Diskussion“ über die Neubestimmung des Sozialismus für notwendig. Dazu gehörte für ihn z.B. die Frage, ob ein Einparteiensystem überhaupt geeignet sei für sozialistische Gesellschaften.

Auch *Yan Yuanzhang* hielt fest, dass es differente Interpretationen des Sozialismus gebe, vor allem unter Intellektuellen. Er wolle sich mit seiner Antwort dagegen auf die Vorstellungen der ArbeiterInnen konzentrieren. Die Rentner, die durch die Deng’schen Reformen ihre Jobs verloren hätten, seien den Studien des Forschungsnetzwerks zufolge von der Idee des Sozialismus sehr überzeugt, da sie diesen damals selbst mit aufgebaut hätten. Es gehe dabei nicht um ein Modell, das ihnen von Theoretikern beigebracht worden sei, sondern um ihre eigene Lebenserfahrung. Doch die heutige Generation der ArbeiterInnen sehe dies anders, und entsprechend Konflikte ließen sich festhalten: Während es heute einerseits deutlich mehr Freiheiten als zur Zeit Maos gebe, sei andererseits auch der Grad an Ausbeutung gestiegen. Allerdings wüssten auch die Jungen, dass die Unternehmen nicht deshalb pleite gingen, weil ihre Eltern zu faul gewesen seien, sondern aufgrund der verbreiteten Korruption, insbesondere in der Partei. Die Ansichten der WanderarbeiterInnen seien insgesamt stark von den Medien beeinflusst und folgten dementsprechend der Gleichsetzung von Sozialismus mit Planwirtschaft und Verarmung.

BK fragte nach, von welchen Beschäftigtengruppen die Lernprozesse getragen würden und ob es eine Systematik dabei gebe, die etwa dem Beispiel Honda folge.

Yan Yuanzhang berichtete, dass das Forschungsnetzwerk jedes Jahr am 1. Mai ein Treffen von ‚neuen‘ und ‚alten‘ Beschäftigten, GewerkschafterInnen und Studierenden organisiere. Im Jahr 2010 habe man sich dem Schwerpunktthema „Chinesische Arbeiter und Weltwirtschaftskrise“ gewidmet und aus der Konferenz heraus eine eigene Studie entwickelt; im Jahr 2011 gab es eine Studie zur Inflationsentwicklung in China. Zur Frage nach der Zusammensetzung der Erwerbstätigen trug er nach, dass die Anzahl der ‚alten Arbeitskräfte“ bei ca. 50 Mio. liege (wobei viele von ihnen mittlerweile verrentet seien), die der Erwerbstätigen in staatlichen Unternehmen liege bei 13 Mio. und die der heute Erwerbslosen bei 50-60 Mio.

Au Loongyu ergänzte mit der Bemerkung, dass ein Blick auf die eigene Vergangenheit „lernen“ heiße. Die Bedeutung vergangener Kämpfe lasse sich nicht leugnen. Doch seine KollegInnen von GM rieten ihm immer: „Hör auf mit Deiner Rede von Revolution.“ In der Tat kümmerten sich viele ArbeiterInnen zunächst um ihre Löhne, dann um ihre Kinder und deren Bildung. Seiner Auffassung nach gebe es zwischen Reform und Revolution keinen Widerspruch, da sowohl durch Reformen als auch durch Revolutionen das Selbstbewusstsein wachse. „Deshalb laufen wir auf zwei Beinen“, so seine These. Aus diesem Grund unterstütze GM auch alle Kämpfe, in denen Arbeiter sich ‚nur‘ für ihre ökonomischen Interessen einsetzen. Gleichwohl stelle sich die Aufgabe, sich um bürgerliche Rechte zu kümmern. Eine Planwirtschaft ohne Freiheiten, z.B. das Recht auf freie Berufswahl, sei nicht sinnvoll.

BZ fragte im Anschluss an dieses Plädoyer nach Chancen zur Durchsetzung dieser wie auch der bereits gegebenen Rechte, wie sie etwa im Arbeitsvertragsgesetz formuliert seien, und *Au Loongyu* hielt fest, dass gesetzliche Reformen nur dann echte Reformen seien, wenn sie mit politischen und bürgerlichen Rechten verbunden würden.

KH wiederum fragte nach der Aktualität von Marx' Thesen über den „18. Brumaire“ und dessen Annahme, dass aktuelle Kämpfe oft in den „Kostümierungen“ vergangener Kämpfe aufträten, um zukünftige Forderungen zu begründen. Jede Debatte über die Interpretation der Vergangenheit sei insofern eine Debatte über die Begründung gegenwärtiger Forderungen selbst. Doch was seien die aktuellen Forderungen? Gehe es um die Herstellung von Lohnarbeit als allgemeine Perspektive, um eine diesbezügliche Gleichheit unter den verschiedenen Beschäftigtengruppen und die Abschaffung von Diskriminierungen aufgrund der Herkunft? Könne man insofern davon reden, dass „Normalarbeit“ als gemeinsame Perspektive von WanderarbeiterInnen und ehemaligen Staatsbeschäftigten erscheine? *WS* ergänzte diese Frage, insofern er den Einfluss von NGOs präzisiert wissen wollte.

Yan Yuanzhang fasste dies als Frage nach den Gemeinsamkeiten zwischen ‚neuen‘ und ‚alten‘ Beschäftigten auf und antwortete entsprechend: Beide unterlägen einem Kommodifizierungsprozess, der allerdings bei den ‚alten Arbeitern‘ einen Abbau ihres höheren sozialen Status bedeute, bei den WanderarbeiterInnen hingegen die Entwicklung von einem niedrigerem zu einem höheren Niveau. Beide Gruppen seien Lohnarbeiter – wenn auch mit anderer Geschichte. Es seien nur „wir als Intellektuelle“, die versuchten, „die Geschichte miteinander in Beziehung zu setzen“. In den Medien erschienen die WanderarbeiterInnen als „Bauernarbeiter“ und die Beschäftigten der Staatsunternehmen als „faul“. Ein Großteil der alten Arbeiter sei zugleich Teil der ersten Generation der Wanderarbeiter. Doch für die jüngeren Wanderarbeiter gelte, dass sie die Erfahrungen der Privilegierung als ArbeiterInnen nie gemacht hätten.

Arbeitskämpfe seien heute meist auf eine Fabrik beschränkt. Nur in wenigen Fabriken hätten ‚alte‘ und ‚neue‘ Arbeiter Kontakt miteinander - meist in privatisierten ehemaligen Staatsbetrieben im Textilbereich. Hier bestehe auch die Möglichkeit, voneinander zu lernen. Eine Verbindung von NGOs und Kämpfen der ‚alten Arbeiter‘ halte er jedoch für unwahrscheinlich, da die meisten NGOs kein Interesse an den Problemen der Klasse der ‚alten Arbeiter‘ hätten.

Dieser Behauptung widersprach *Au Loongyu*, indem er darauf verwies, dass eine Reihe von NGOs sehr wohl Gespräche mit den ‚alten Arbeitern‘ geführt habe. Viele der von NGOs in Südchina gegründeten Beratungszentren und Anlaufstellen stünden jedoch unter Beobachtung und seien immer wieder auch Repressionen und Übergriffen ausgesetzt.

Auch er sah jedoch die Möglichkeiten einer Verbindung zwischen ‚neuer‘ und ‚alter‘ Arbeiterbewegung skeptisch. Schon innerhalb der Gruppe der ‚alten‘ Beschäftigten sei eine

Vernetzung schwierig, da die Arbeitskämpfe meist auf eine Fabrik beschränkt blieben. Sobald sich Kämpfe überbetrieblich artikulierten, würden diese unterdrückt. Fälle wie der, in dem sich 2002 die Beschäftigten von sechs Fabriken in Liaoyang zusammengeschlossen hätten, bildeten die Ausnahme.

Über eine Zusammenarbeit von ‚neuen‘ und ‚alten‘ Arbeitern brauche man jedoch nicht einmal auf der Ebene der innerbetrieblichen Kooperation zu spekulieren, solange simpelste politische Freiheitsrechte nicht gegeben seien. Ein Kollege aus Südkorea habe ihn einmal gefragt, warum es in China nicht gelinge, einen breiteren Widerstand zu organisieren, wo dies doch selbst in einem autoritären Regime wie Südkorea zwischen 1960 und 1980 möglich gewesen sei. Er habe geantwortet, dass es in Südkorea eine Vielzahl kirchlicher Organisationen gegeben habe, die die ArbeiterInnen unterstützt hätten. In China hingegen würden diese verboten, sobald sie sich zu kritisch verhielten. Im Grunde genommen gebe es in China lediglich Individuen bzw. Familien und den Staat - soziale Organisationen dagegen kaum.

Gegen *Yu Fengs* Zwischenbemerkung, dass auf dem Festland rund 90 Prozent aller Webseiten illegal seien und seine Schlussfolgerung: „Wenn wir erst das Recht auf Meinungsfreiheit abwarten, dann gibt es in zehn Jahren keine Webseiten mehr“, wandte *Au Loongyu* ein, dass es nicht darum gehe abzuwarten, „bis uns mehr Rechte geschenkt werden“.

Yan Yuanzhang hielt fest, dass es in den vergangenen zwei Jahren einen Trend zu „unterirdischen“ Arbeitskämpfen gegeben habe. Die Beschäftigten hätten vielfältige und spontane Formen entwickelt, sich zu wehren. Dabei sei es nicht so wichtig, ob nun einzelne Arbeitskämpfe erfolgreich seien oder nicht, sondern ob es zu einer breiteren Zusammenarbeit komme. Diese herzustellen, darin sehe er die Aufgabe für das „Forschungsnetzwerk“ und andere Organisationen.

„Wir reden oft über Dinge, die noch nicht da sind“, so *Au Loongyus* Kommentar. Das habe aber nichts mit fehlender „Propaganda“ zu tun, ohnehin sei Propaganda nicht das gleiche wie Bildung. Die Arbeiter hätten immer unterschiedliche Aufgaben zu unterschiedlichen Zeiten und an unterschiedlichen Orten, und das Streiken müsse man den Arbeitern auch nicht beibringen - Streiks entstünden sowieso, und dies meist spontan. Propaganda sei hier am wenigsten notwendig, gleichwohl jedoch Bildung als langfristige und umfassende Aufgabe. Er halte jedoch daran fest, dass Bildung alleine als Voraussetzung gesellschaftlicher Änderungsprozesse nicht ausreiche, sondern Aufklärung über politische Freiheitsrechte und die Abschaffung des Ein-Parteien-Systems derzeit die wichtigsten politischen Aufgaben seien.

Yan Yuanzhang bestritt dies mit dem Hinweis, dass solche Fragen, abgesehen von den politischen Risiken, die damit verbunden wären, ziemlich weit entfernt seien von dem, was die Arbeiter beschäftige. Die Arbeiter seien mit der betrieblichen Realität, mit Enteignungen und Lohnabbau konfrontiert, würden in ihren Beschwerden gegenüber den zuständigen Regierungsstellen von diesen ignoriert und handelten sich deshalb ohnehin genügend Konflikte mit der Partei ein. Selbst rein ökonomische Auseinandersetzungen würden von Regierungsvertretern als politische Auseinandersetzungen bezeichnet, um diese unterdrücken zu können, ganz im Sinne von Dengs Devise: „Politische Unruhen gefährden die innere Stabilität.“ Auch sog. „gefährliche Kontakte“ seien immer wieder ein Grund möglicher Repressionen. So sei etwa die Festnahme zweier Streikführer des von Au erwähnten Streiks bei Liaoyang mit der Begründung erfolgt, diese seien Mitglieder einer „demokratischen Partei“ mit Auslandskontakten. Solche Maßnahmen führten zu einer tiefen Verunsicherung unter den Beschäftigten. Das Forschungsnetzwerk dagegen nutze die jährlichen

Gedenkveranstaltungen zum Tode Maos am 9. September, auf denen Arbeiter über Mao und andere Themen diskutierten. Solche Veranstaltungen ließen sich schwerlich unterdrücken und hätten daher auch zugenommen.

Die Diskussion endete mit einer Kontroverse, in der *Au Loongyu* zum einen bezweifelte, dass die Rede über die Revolution, selbst wenn sie sich hinter Mao-Emblemen verstecke, weniger riskant sei als die Forderung nach Abschaffung des 1-Parteien-Systems. Zum anderen sei ihm unklar, wieso – etwa in der linken Intellektuellen-Gruppe „Utopien“ - die Vertreter der Forderung nach unabhängigen Gewerkschaften, so z.B. Han Dongfang, als Liberale bezeichnet würden.

Dem hielt *Yan Yuanzhang* entgegen, dass die Forderung nach unabhängigen Gewerkschaften in China ein hohes politisches Risiko berge, da sie gleichgesetzt werde mit der Forderung nach unabhängigen Parteien. Dies sei eine Steilvorlage für die Regierung, jede Opposition und damit auch „unsere eigene Organisation“ zu unterdrücken: „Wenn Du aufs Festland kommst und unabhängige Gewerkschaften forderst, kannst Du Dich gleich auf eine Festnahme einstellen.“ Zudem lehnten die ‚alten Arbeiter‘ unabhängige Gewerkschaften ohnehin ab, und die ‚neuen‘ seien zu unerfahren und hätten „keine Ahnung von gewerkschaftlicher Organisation“.

Als Vermittlungsvorschlag hinsichtlich der differenten politischen Prioritätensetzungen einigten sich die Referenten auf den Begriff der „selbstverwalteten Gewerkschaft“, der sowohl für die Interessen der ‚alten‘ als auch der ‚neuen‘ Arbeiter anschlussfähig erschien. Gleichwohl gehe es nicht, so betonte *Yan Yuanzhang*, darum, „geschickte Konzepte“ zu ersinnen oder „Begriffe zu erfinden“, um diese dann unter den Beschäftigten zu verbreiten, sondern darum, deren eigene Interessen aufzunehmen und diesen zur Durchsetzung zu verhelfen.

Unbeantwortet blieb damit in der Diskussion das Anliegen von *RD*, die nach dem Stellenwert keynesianischer wirtschafts- und sozialpolitischer Konzepte in China gefragt hatte.

Sonntag, 29. Mai 2011

Referat Klaus Neuwirth:

Der Prozess der Prekarisierung in Deutschland

Klaus Neuwirth eröffnete seinen Beitrag über die „Ursachen und Folgen der Flexibilisierung von Lohnarbeit in Deutschland“, so der Untertitel seines Vortrags, mit dem allgemeinen Hinweis, dass Flexibilisierung sowohl die Umorganisation von Arbeitsprozessen selbst als auch übergreifende Veränderungen in und zwischen den verschiedenen Formen von Arbeitsverhältnissen betreffe. Diese, als Prekarisierung beschreibbaren Anpassungsprozesse seien weniger als Bruch, sondern als allmähliche, allerdings das gesamte Leben betreffende Veränderung von Produktions- und Reproduktionsformen zu begreifen.

Beispielhaft verwies er auf seine eigenen beruflichen Erfahrungen – insgesamt sei er nun, angefangen von einfachen, ungelerten Tätigkeiten bis zu seiner heutigen Tätigkeit in der technischen Dokumentation eines Anlagenbauers - rund 35 Jahre in verschiedenen Industriebetrieben tätig. In den letzten 13 Jahren sei in seinem jetzigen Betrieb elf Mal die Geschäftsführung gewechselt worden, jeweils verbunden mit neuen „Managementvisionen“ und Unternehmensstrategien: Ständig würden Arbeitsprozesse „reorganisiert“ oder

Arbeitsbereiche outgesourct, neue Verfahren eingeführt, Beschäftigte entlassen - und verbleibende Belegschaften sollten deren Tätigkeiten mit übernehmen.

Im Folgenden skizzierte er in einem umfassenden Überblick Formen und Ausmaß der Flexibilisierung. [S. dazu genauer das Referat von Klaus Neuwirth.]

So sei der Anteil von *BerufspendlerInnen* zwischen 1995 und 2005 von 31% auf 40% gestiegen. Im Jahr 2004 (jüngere Zahlen lagen nicht vor) habe es allein rund 1,5 Mio. sog. „Fern-PendlerInnen“ mit mehr als 50 km Fahrstrecke zum Arbeitsplatz sowie 360.000 sog. „Wochenend-PendlerInnen“ (ohne SchülerInnen, Studierende und Selbstständige) gegeben. Auch der Anteil der *Nacht- und Schichtarbeit* habe zugenommen: Rund 17 Mio. Beschäftigte arbeiteten derzeit in Formen von Wechselschicht, ca. 2,5 Mio. in Nachtschicht – darunter 600.000 Frauen. Ein Anstieg sei auch bei der *Wochenendarbeit* zu verzeichnen: Etwa ein Drittel aller Beschäftigten würden regelmäßig wieder samstags, 15 Prozent regelmäßig wieder sonntags eingesetzt.

Zudem erhielten laut Angaben des Nürnberger Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) mittlerweile nahezu die Hälfte aller neu Eingestellten nurmehr *Verträge auf befristeter Basis*. Selbst im Öffentlichen Dienst würden zwei Drittel der neuen Arbeitsverträge nur noch befristet ausgestellt.

Seit einer umfassenden gesetzlichen Deregulierung im Jahr 2004 habe auch der Anteil der *Leiharbeit* mit jährlich zweistelligen Zuwachsraten zugenommen: Fast 3% aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, oder in absoluten Zahlen: 800.000 Menschen, arbeiteten im Jahr 2008, dem Höchststand vor der Krise, als Leiharbeiter - bei insgesamt ca. 40 Mio. Erwerbstätigen. Nachdem die Leiharbeiter in der Krise als erste wieder entlassen worden seien, sei diese Zahl Anfang 2011, also in einer Phase des konjunkturellen Zwischenhochs, nach bisherigen Schätzungen auf 1 Mio. gewachsen.

Das gleiche gelte für die sog. „*Minijobs*“, deren Voraussetzungen ebenfalls gesetzlich neu geschaffen wurden: Rund 7,19 Mio. Beschäftigte hatten, so Klaus Neuwirth, im Jahr 2009 einen „*Minijob*“, also jede/r fünfte Beschäftigte oder ca. 20 Prozent. (*Minijobs gelten als „geringfügige Beschäftigungsverhältnisse“ und werden mit maximal 400 Euro entlohnt. Geringfügig Beschäftigte sind nicht regulär über die paritätisch finanzierte Sozialversicherung, sondern nur über eine pauschalierte, im Vergleich zu den herkömmlichen Beiträgen abgesenkte Arbeitgeberabgabe für Renten-, Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge sozialversichert, wobei die Arbeitslosenversicherung entfällt und die niedrigen Pauschalen, die die Arbeitgeber zahlen müssen, darüber hinaus dazu führen, dass diese Beschäftigte auch geringere Rentenansprüche erwerben und entsprechend oft unter das Risiko der „Altersarmut“ fallen; Anm. d. Protokollantin*). Und: Der Anteil der *Niedriglohnbezieher* unter den MinijobberInnen sei mit 81 Prozent sehr hoch. Als Niedriglohn gelte ein Lohn von weniger als zwei Dritteln des mittleren Einkommens oder umgerechnet derzeit etwa neun Euro.

In Folge dieser Entwicklungen nähmen psychische und gesundheitliche Belastungen enorm zu, messbar ausgedrückt etwa in der Zahl der Krankheitstage, die zwischen 1997 und 2003 um rund 62 Prozent gestiegen seien, aber auch in der Anzahl von ermüdungsbedingten Arbeitsunfällen etc.

Ursache dieser Entwicklungen seien seit 1960 pro Dekade sinkende Kapitalrenditen. Der Wegfall der „*Systemkonkurrenz*“ 1989 habe zusätzlich zu einer forcierten Ausbeutung von Arbeitskräften geführt, da bis dahin geltende Schranken der Kapitalverwertung – etwa in Form bestimmter sozialstaatlicher Zugeständnisse - aufgehoben worden seien. Diese Entwicklung lasse sich anhand der Entwicklung des Bruttoinlandprodukts (pro Dekade

sinkende Durchschnittswerte), der Zahl der Insolvenzen (Zunahme vor allem im Bereich der Klein- und Mittelunternehmen, da diese die durchschnittlichen Produktivitätsraten nicht mehr erreichten) und der Veränderung der Kapitalintensität (Verdopplung des Quotienten im Verhältnis von Anlagenkapital und Beschäftigten zwischen 1970 und 2005) zeigen. Mit Bezug auf die Konsequenzen für das Verhältnis von China und Deutschland formulierte Klaus Neuwirth abschließend seine These: Aufgrund der zu niedrigen Rentabilitätsersparungen wandere Kapital aus Ländern wie Deutschland aus und suche sich anderenorts, derzeit vor allem in China, rentable Verwertungsmöglichkeiten. Was in Deutschland an Kapital vernichtet bzw. Produktion abgebaut werde, werde in China neu aufgebaut. Zugleich werde über die Renditeerwartungen etwa in China, vermittelt über die Märkte und Konkurrenz, Druck auf hiesige Arbeitsverhältnisse ausgeübt – mit der Perspektive einer „Abwärtsspirale“, d.h. einer Angleichung der Lohnkosten nach unten.

Diskussion:

Die anschließende Debatte eröffnete *ML* mit der Bemerkung, dass insbesondere psychische Gefährdungen am und durch den Arbeitsplatz zugenommen hätten. Der Arbeitsschutz habe in Deutschland zwar eine lange, gesetzliche Tradition, sei aber beschränkt auf äußere Einflüsse bzw. Gefährdungen und die technische Ausstattung der Arbeitsplätze – wie etwa die Verordnung zur Bildschirmarbeit –, während psychische Gefährdungen kaum ein Thema für den Arbeitsschutz seien. Zudem würden psychische Gefährdungen auch individuell, von den Beschäftigten selbst kaum anerkannt bzw. zugegeben. Dies nicht zuletzt auch deshalb, weil Ohnmachtsgefühle betrieblich oft keinen Ort fänden, an dem sie adäquat artikuliert werden könnten. Hier eröffne sich ein großes Aufgabenfeld für Betriebs- und Personalräte.

Auf die mit Verweis auf die Suizide bei Foxconn gestellte Frage *Yan Yuanzhangs*, ob es in Deutschland vergleichbare Fälle gebe, antwortete *MH*, dass dies der Fall sei, dass arbeitsbezogene Suizide jedoch weder öffentlich diskutiert noch – etwa wie in Frankreich – als solche öffentlich ‚demonstriert‘ bzw. ‚inszeniert‘ würden.

AS wollte wissen, ob sich hinsichtlich des Bruttoinlandsprodukts eine Verschiebung von einem binnenmarktbezogenen hin zu einem stärker exportbasierten Wachstum feststellen lasse. Eine solche Tendenz sei zwar gegeben, so *Klaus Neuwirth*, doch relativierend müsse festgehalten werden, dass der ökonomische Erfolg Deutschlands von vornherein auf den Weltmarkt bezogen gewesen sei. Aktuell sei die EU der größte Absatzmarkt für Deutschland.

MH wandte sich zunächst gegen einen schematischen Vergleich der Ökonomie Deutschlands und Chinas, da China aufgrund seiner spezifischen Bedingungen zu einem idealen Wachstumsmarkt geworden sei. Prekarisierung finde zudem nicht nur außerhalb der Betriebe, etwa bei den Bezugsbedingungen für Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe, sondern vor allem auch in der Form einer Prekarisierung von Normalarbeitsverhältnissen, d.h. in den sog. „Kernbelegschaften“ selbst, statt. So werde etwa in klassischen Industriebetrieben ein permanenter Prozess der Arbeitsverdichtung erzeugt. Zwar gebe es durchaus auch noch Möglichkeiten des Aufstiegs, beispielsweise durch Teilnahme an Maßnahmen des KVP [„Kontinuierlicher Verbesserungsprozess“ – eine Managementmethode zur Steigerung der Effektivität, in der erfolgreiche Verbesserungsvorschläge der Beschäftigten in Form von Zuschlägen oder Boni honoriert werden; Anm. d. Protokollantin]. Doch diese Vorschläge zur Verbesserung der Arbeits- und Produktionsabläufe kämen nicht der Gesellschaft zugute, sondern richteten sich automatisch, z.B. durch anschließende Rationalisierungsmaßnahmen, gegen die Belegschaften.

Schließlich wandte er sich gegen die verbreitete Einschätzung einer ‚Wehrlosigkeit‘ von LeiharbeiterInnen. Viele LeiharbeiterInnen bräuchten, so seine Beobachtung, nicht ein so

hohes Maß an Identifizierung mit ‚ihrem‘ Betrieb auf wie die „Kernbelegschaften“, sie sammelten zudem eine Vielzahl von Erfahrungen mit unterschiedlichsten Arbeitgebern und Unternehmen und seien insofern oft „abgeklärter“ als ihre festangestellten KollegInnen. Er interessierte sich für die Frage, inwiefern sich dies mit den Erfahrungen der ‚neuen‘ oder jüngeren ArbeiterInnen in China vergleichen lasse.

KH fragte nach, ob das von Klaus Neuwirth beschriebene Verhältnis von Kapital- und Arbeitsplatzvernichtung einerseits und Export von Kapital andererseits als „Nullsummenspiel“ beschreibbar sei. In anderen Worten: Gebe es ein Entsprechungsverhältnis von Kapitalabbau hier und Kapitalentwicklung dort? Wie schätze der Referent darüber hinaus die These ein, dass die aktuelle Krise in Deutschland durch Kapitalexporte und Produktionsverlagerungen ‚lösbar‘ sei?

Direkt darauf bezogen formulierte *Klaus Neuwirth*, dass diese Frage pauschal nicht beantwortbar sei. Dies hänge vor allem davon ab, ob es in China Möglichkeiten der Produktionsausweitung gebe. Allerdings gehe er davon aus, dass in China mehr Arbeitsplätze entstünden, als hier vernichtet würden.

Ebenfalls im Anschluss an dieses Problem verwies *Yan Yuanzhang* auf den guten Ruf, den deutsche Autos und Autounternehmen derzeit in China genossen – auch manche Linke wünschten sich mehr ausländische Investitionen in China, andere wiederum sähen in ausländischem Kapital das Hauptproblem. Zweifellos gefährde jede Produktionsverlagerung nach China hiesige Arbeitsplätze. Es müsse also einerseits nach Möglichkeiten gesucht werden, Kontakte und Verbindungen zwischen Lohnabhängigen hier wie in China herzustellen, andererseits wirke sich ein zunehmender Druck der chinesischen Beschäftigten gerade bei Joint Ventures oder Niederlassungen ausländischer Unternehmen in China auch positiv auf Beschäftigte in Deutschland aus.

Klaus Neuwirth sah eine mögliche Verbindung u.a. darin, dass mittlerweile auch chinesisches Kapital in Deutschland investiert werde. Darüber hinaus korrigierte er seine These eines Angleichungsprozesses nach unten: Ein umgekehrter Angleichungsimpuls könne auch in dem Umstand liegen, dass eine Explosion von Nachfrage nach Arbeit in China dort zugleich auch eine Basis für mehr Kämpfe und Auseinandersetzungen rund um die Arbeitsverhältnisse schaffe.

WS wiederum wies darauf hin, dass auch der Prozess der Globalisierung selbst Voraussetzungen für gleiche Erfahrungen schaffe: „Das Kapital gibt uns die Chance, über gemeinsame Widersprüche und Erfahrungen sowie deren Ursachen zu reden.“ Mit Bezug auf die auf den vergangenen Weltsozialforen ausgegebene Devise „Eine andere Welt ist möglich“ benannte er zwei Beispiele, an denen dies deutlich werden könne:

Unternehmen in China wie in BRD legten zunehmend Wert darauf, dass ihre Beschäftigten und deren Kinder Englisch bzw. die jeweils benötigten Fremdsprachen lernten. 4.500 deutsche Unternehmen arbeiteten bereits in China, dies führe notwendig auch zu einem stärkerem Austausch zwischen den Beschäftigten. Sein Fazit: „Das wäre vor zehn Jahren undenkbar gewesen. Das Kapital treibt uns zusammen – in eine Debatte über eine andere Welt.“

Darüber hinaus gebe es zahlreiche Gemeinsamkeiten in den Klagen über gesellschaftliche Missstände. Doch meist würden diese als Appell an die Politik bzw. ‚die Gewerkschaft‘ vorgebracht, die diese Probleme beseitigen sollten. In China wie in der EU oder in den USA kämpften die Gewerkschaften zwar für Verbesserungen, allerdings gehe es dabei meist um

punktueller Reformen, nicht um grundsätzliche Änderungen. Insofern werde hier die Chance verpasst, die Frage nach einem anderen Leben zu stellen.

IWs Frage, ob es Beispiele für hiesige Kämpfe gegen Prekarisierung gebe, die für die chinesischen Gäste interessant sein könnten, beantwortete *Nonni Morisse* mit einer gewissen Skepsis: Im Rahmen eines einzelnen Betriebs sei heute kaum noch wirksamer Widerstand möglich, da Vorgaben zunehmend von den zentralen Unternehmensleitungen „nach unten“ durchgedrückt würden, die Werksleitungen und das mittlere Management selbst kaum noch Einfluss auf Produktionsentscheidungen hätten und damit zu „Hausmeistern einer Holding“ degradiert würden.

Au Loongyu kam auf die Frage nach Gemeinsamkeiten und Unterschieden hinsichtlich der Prekarisierungsprozesse zurück und hielt fest, dass die von Klaus Neuwirth beschriebene Entwicklung durchaus mit der in China vergleichbar sei. Hier wie dort nehme die Konkurrenz zu. Im Unterschied zu den Unternehmen in China, die zwar einerseits in Konkurrenz gesetzt wären, andererseits in Teilen auch die Kooperation suchten, seien Versuche zur Überwindung der Konkurrenz unter den Beschäftigten jedoch eher selten.

Yan Yuanzhangs Hinweis auf die Einschätzung einiger Linker, dass ausländisches Kapital vertrieben werden müsse, bereite ihm Sorgen. Diese Form des Nationalismus decke sich mit dem Programm der Regierung, Investitionen zwar einerseits willkommen zu heißen, andererseits jedoch wenig Öffentlichkeit über Arbeitskonflikte in chinesischen Unternehmen zuzulassen, während über ausländische Niederlassungen prompt berichtet werde. So sei anlässlich einer Auseinandersetzung bei der Reederei Maersk in den Zeitungen getitelt worden: „Investoren sollen sich an chinesische Gesetze halten.“ Wenn das gleiche in einem chinesischen Unternehmen passiere, erfahre die Öffentlichkeit nichts davon. Dies sei verwirrend für die Beschäftigten, da nicht klar sei, ob sie nun gegen ausländisches Kapital oder gegen das Kapital allgemein kämpfen sollten. In Deutschland würden solche Ressentiments oft von der Rechten vertreten. Ähnliche Verwirrungen habe er auch unter Intellektuellen und Linken erlebt, so etwa bei der Konferenz „Focus on the Global South“ 2007, wo chinesische TeilnehmerInnen eine Förderung chinesischer Investitionen und chinesischen Kapitals im Interesse einer Förderung der chinesischen Wirtschaft begrüßt hätten. Was „rechts“ und was „links“ sei, sei wohl spätestens dann etwas durcheinander geraten, wenn etwa ausländisches Kapital abgelehnt werde, um damit vermeintlich einheimische Arbeitsplätze zu schützen. Insofern scheine es zunächst auch keine gemeinsamen Interessen zwischen chinesischen und deutschen Beschäftigten zu geben – doch wolle er dies nur als ein weiteres Plädoyer dafür verstanden wissen, solche Austauschprogramme fortzusetzen und sich mit den konkreten Verhältnissen in den jeweiligen Ländern vertrauter zu machen.

Yan Yuanzhang warf ein, dass viele Beschäftigte in China glaubten, die glückliche Lage der ArbeiterInnen in Deutschland basiere auf der Ausbeutung in China.

KH ergänzte *Au Loongyus* Schilderung des politischen „Durcheinanders“ mit dem Hinweis, dass es auch im Milieu der deutschen Gewerkschaften entsprechende politische Verkehren gebe. Bei der Frage etwa, ob den Beschäftigten in den osteuropäischen Beitrittsländern der EU ein Recht auf volle Freizügigkeit innerhalb des europäischen Binnenmarktes eingeräumt werden oder es für diese Beschäftigten Übergangsfristen und entsprechende Einschränkungen geben sollte, hätten einige deutsche Gewerkschaften für eine protektionistische Lösung plädiert. Arbeitsplätze in Deutschland sollten vermeintlich geschützt werden, indem der Zuzug ausländischer Arbeitskräfte begrenzt wurde. Gerade dieser Protektionismus habe dazu geführt, dass alternative Formen einer Angleichung gar nicht erst gesucht wurden und so eine

Situation entstanden sei, in der die Lohnkonkurrenz sich ungehindert entfalten konnte. Heute allerdings gebe es – durchaus im Sinne der von Ingeborg Wick gesuchten positiven Beispiele – eine ganze Reihe von Anlaufstellen für ArbeitsmigrantInnen mit und ohne legalen Aufenthaltsstatus, die Forderung nach „Equal Pay“ unabhängig von der nationalen Herkunft sei erstmals offiziell von den Gewerkschaften auf einer Feier zum 1. Mai 2011 proklamiert worden – und es gebe eine Gegenbewegung zu allen nationalen Abschottungsversuchen, die die Beschäftigten aus den neuen osteuropäischen Beitrittsländern mit „Herzlich Willkommen“ begrüße. Dies sei zwar noch nicht die Aufhebung von Konkurrenz, aber immerhin ein Versuch, diese einzuschränken, statt mit nationalistischen Parolen auf die Lohnkonkurrenz zu antworten.

Auch *HW* ging auf das Problem der Lohnkonkurrenz durch den zunehmend global ausgetragenen Wettbewerb ein und erinnerte an die nationalistische Parole „Kinder statt Inder“ im Jahr 2000, die anlässlich der von der damaligen, rot-grünen Bundesregierung vorangetriebenen „Green-Card“-Regelung in der Presse geäußert wurde. Statt 20.000 qualifizierte ausländische IT-Arbeitskräfte aus Ländern wie Indien abzuwerben, sollten diesen Stimmen zufolge deutsche Kinder bessere Bildungs- und Ausbildungschancen erhalten. Ein weiteres Beispiel für neue Formen der Prekarisierung sei die zunehmende Anzahl von Beschäftigten, deren Lohn trotz regelmäßiger Erwerbsarbeit nicht ausreichend sei, so dass sie auf zusätzliche staatliche Unterstützung angewiesen seien. Dieses Phänomen, bekannt unter dem Slogan „Arm trotz Arbeit“, sei relativ neu in Deutschland. Angesichts dessen habe sich – nach langjährigen, z.T. historisch bedingten Widerständen der deutschen Gewerkschaften gegen staatliche Mindestlöhne - mittlerweile auch in den Gewerkschaften eine breite Kampagne entwickelt, die einen gesetzlichen Mindestlohn fordere, um solchen Entwicklungen etwas entgegenzusetzen. Zugleich stelle dies nur eine Seite des gewerkschaftlichen Umgangs mit Konkurrenz dar. So gebe es Modellversuche, etwa bei Betrieben wie der Deutschen Post, wo Beschäftigte mit Zustimmung der Gewerkschaft für die Hälfte des Verdienstes bei Subunternehmen arbeiteten – in der Hoffnung, dass dies ihre Arbeitsplätze rette.

Auf die Zwischenfrage *Yan Yuanzhangs* nach der Höhe des geforderten gesetzlichen Mindestlohns nannte Helmut Weiß den Betrag von 8,50 Euro. Dies entspreche bei einer Vollzeitstelle etwa 1.600 Euro brutto oder rund 1.000 Euro netto im Monat – ein Betrag, von dem man in Deutschland nicht leben könne.

Yan Yuanzhang machte dagegen auf die Sogwirkung von Mindestlöhnen aufmerksam. Jede Provinz habe in China die Möglichkeit, ihre Mindestlöhne selbst gesetzlich festzulegen. Es lasse sich beobachten, dass die Unternehmen dazu tendierten, nur noch die jeweiligen Mindestlöhne zu zahlen oder dies sogar zu entsprechenden Produktionsverlagerungen zu nutzen.

Au Loongyu nahm die Kontroverse auf, indem er darauf hinwies, dass Mindestlöhne in China nicht das Ergebnis von Arbeitskämpfen, sondern von der Regierung vorgegeben seien, und brachte dagegen die Forderung nach einem Weltmindestlohn, wie ihn etwa der Globalisierungstheoretiker Peter Waterman gefordert habe, ins Spiel. Ansätze dazu, wie einen asienweiten Textil-Mindestlohn (*Asia Floor Wage*), gebe es bereits. Die Versuche, mit den Arbeitgebern darüber zu verhandeln, um diese von den Vorteilen eines Mindestlohns zu überzeugen, seien allerdings bislang gescheitert. Dies wiederum sei wenig verwunderlich angesichts des fehlenden gewerkschaftlichen und gesellschaftlichen Drucks. „Was wir bräuchten, wäre Bewegung hinter solchen Forderungen.“

Yu Feng bestätigte, dass Leiharbeit mittlerweile auch in China verbreitet sei, insbesondere in Staatsunternehmen und in der Stahlbranche. In einigen Fällen sei dagegen sogar „Equal Pay“ für die LeiharbeiterInnen durchgesetzt worden. Doch Mindestlöhne führten seinen Beobachtungen zufolge im Durchschnitt zu Lohnsenkungen, teilweise bis auf das Niveau der Wanderarbeiter-Löhne hinunter. Ein zusätzliches Problem bestehe darin, dass viele WanderarbeiterInnen „keine Verträge wollen, weil ihnen ihre Freiheit wichtiger ist“. Deshalb sei es auch für die ‚alten Arbeiter‘ schwer, sich gegen Lohndumping zu wehren.

Die These seines Kollegen aufgreifend, erläuterte *Yan Yuanzhang*, dass Privatunternehmen seltener von Leiharbeit Gebrauch machten, da die Leihunternehmen für sie einen überflüssigen Extra-Kostenfaktor darstellten. Staatsunternehmen oder als Joint Venture geführte Unternehmen hingegen benutzten Leiharbeit gezielt als Druckmittel, um gegen die Kernbelegschaften, d.h. die ‚alten Arbeiter‘ und deren vermeintliche Privilegien vorzugehen.

IW erinnerte daran, dass es um die Frage, ob die Festsetzung des Mindestlohns in staatliche Hände oder in die Hände der ArbeiterInnen gehöre, immer wieder Konflikte gegeben habe, u.a. zwischen NGOs und Gewerkschaften. Die Erfahrung zeige, dass die Gefahr des durch Mindestlöhne induzierten Lohndumpings sich dann am ehesten vermeiden lasse, wenn die Beschäftigten selbst über Rechte zur Durchsetzung ihrer Forderungen, etwa Koalitionsfreiheit und das Recht auf Kollektivvereinbarungen verfügten. Darüber hinaus könne mit der Frage nach der Höhe der Mindestlöhne eine nützliche Debatte über das gesellschaftliche Existenzminimum und dessen Durchsetzung angestoßen werden.

In einen Zusammenhang mit gesetzlich verbrieften Rechten stellte sie auch die Frage nach dem aktuellen Stand des 2008 geschaffenen „Arbeitsvertragsgesetzes“, das zumindest „auf dem Papier“ gerade prekär Beschäftigten einen besseren Schutz bieten sollte. Ihren Beobachtungen zufolge habe sich das Arbeitsvertragsgesetz während der Krise als Makulatur erwiesen, doch wie sehe die Situation jetzt, nach der Krise aus?

„Papier alleine reicht nicht aus“, so *Au Loongyus* Einschätzung. In kleineren Unternehmen werde das Gesetz kaum umgesetzt, bei Subunternehmern bzw. Zulieferunternehmen ausländischer Firmen hingegen schon, weil diese es sich nicht leisten könnten, dagegen zu verstoßen. Auch aus diesem Grund hätten viele Elektronikunternehmen ihre Türen für NGOs geöffnet, um ein Monitoring bzw. eine Kontrolle der Umsetzung des Arbeitsvertragsgesetzes zu ermöglichen.

Yan Yuanzhang verlieh seiner Auffassung Ausdruck, dass grundsätzlich der Staat für die Bezahlung von Sozialleistungen aufkommen solle. Doch angesichts der angespannten Haushaltslage habe die Regierung derzeit eher ein verstärktes Interesse an der Umsetzung des Arbeitsvertragsgesetzes, da dieses die Betriebe zur Zahlung von Sozialleistungen verpflichte. Ein praktisches Problem bei der Wahrnehmung dieses Rechts stelle der Umstand dar, dass den Beschäftigten ihr Arbeitsvertrag oft gar nicht ausgehändigt werde, sondern die Unternehmen diesen behielten.

Resümierend hielt *PF* fest, dass das Seminar eine Fülle neuer Informationen und zum Teil vertieften Detailwissens befördert habe. Dieses bilde wiederum die Basis für neue Fragen oder auch Einsichten darein, was man alles noch nicht wisse. Doch zugleich stelle sich die Frage nach zusammenfassenden Ergebnissen und möglichen Schlussfolgerungen.

WS konstatierte, dass sich für ihn der weitere Austausch beispielsweise über Mindestlöhne und die Frage, wie um diese zu kämpfen sei, als notwendig erwiesen habe. So notwendig, wie ein Austausch über Unternehmenspraktiken und Kapitalstrategien in den verschiedenen

Ländern sei, so notwendig sei es auch, diesen zu verknüpfen mit der Diskussion über Alternativen zu bzw. Auswegen aus der globalen Erpressbarkeit. Es gehe also um die Klärung der Perspektiven des Austauschs. Am Beispiel Leiharbeit habe sich gezeigt, dass diese zu neuen Erfahrungen in den Belegschaften führen: Zwar gebe es immer noch viele ArbeiterInnen, die an ihrem Job hängen, doch falle es den Unternehmen immer schwerer, ‚ihre‘ Belegschaften zu begeistern und die gewünschte „Corporate Identity“ herzustellen, wenn viele Beschäftigte nur noch auf Leiharbeitsbasis tätig wären. Aus der fehlenden Identifikation der Beschäftigten mit ‚ihren‘ Unternehmen oder Arbeitsplätzen resultiere jedoch noch keine „Working Class Identity“. Sein Fazit: „Unser Austausch muss auch darüber gehen, wie Working Class Identity im Alltag entstehen bzw. gefördert werden kann.

HW hielt fest, dass die Diskussion über Mindestlöhne meist als Debatte über Verträge und Gesetze geführt werde. Dagegen sei darauf zu verweisen, dass positive Rechte immer nur Momentaufnahmen in Auseinandersetzungen darstellten und als solche auch revidierbar seien. So habe seine erste Erfahrung mit einer Tarifaussensetzung im Jahr 1973 darin bestanden, einen gerade erst abgeschlossenen Tarifvertrag wieder zu kündigen – um einen besseren zu fordern. Dies allerdings sei eine Frage der Kräfteverhältnisse, und diese hätten sich zweifellos gegenüber der Situation in den 70er-Jahren geändert. Insofern gehe es nicht um die Frage, was auf dem Papier stehe, also um einmal verbriefte Rechte, sondern um die Perspektiven von Auseinandersetzungen bzw. „die Richtung, in die wir gehen wollen“. Hieran schließe sich seine zweite Schlussfolgerung, teilweise in Absetzung zu Wolfgang Schaumbergs Fazit, an: Es gehe nicht um Identitätsbestimmungen und omnihistorisch fixierbare Positionen. In Spanien lasse sich derzeit verfolgen, wie die meist sehr jungen BesetzerInnen der Plaza del Sol mit ihrer Situation der Prekarisierung - fehlenden Job-Aussichten und fehlenden Wohnraum – umgingen: Ihre Forderung sei „Weg mit allem“, womit Parteien ebenso wie Gewerkschaften oder der Staat gemeint seien. Mit diesem Beispiel wolle er darauf hinweisen, dass die Welt nicht „auf unsere Losungen und Lösungen wartet. Unsere Aufgabe ist es vielmehr, genauer hinzusehen und zu beobachten, was in der Welt passiert“.

Yan Yuanzhang wiederum fragte, ob es nicht gerade heute, angesichts der globalen Vernetzung des Kapitals, einer neuen Organisierung auf internationaler Ebene bedürfe. *Yu Feng* wiederum hielt fest, dass seine Kollegen vom Forschungsnetzwerk chinesischer ArbeiterInnen und er selbst nicht genügend über die Verhältnisse in anderen Ländern informiert seien, und plädierte dafür, den Informationsaustausch unter BasisaktivistInnen weiter zu treiben. *Au Loongyu* schließlich bezog das Anliegen, sich zu informieren und voneinander zu lernen, nicht nur auf die internationale Ebene, sondern auch auf die Verhältnisse in China.